



„Tackling Jihadism Together“: Teilnehmer der Antiterror-Konferenz am 20. März 2015 in Wien.

# Schulterschluss gegen den Terror

**Bei einer internationalen Antiterror-Konferenz am 20. März 2015 in Wien verständigten sich die Innen- und Außenminister betroffener Staaten in Mittel- und Südosteuropa auf eine gemeinsame Vorgehensweise gegen Extremismus und Terrorismus.**

Nach den Anschlägen in Paris hat die Bedrohung durch terroristische Aktivitäten europaweit zugenommen. Die Staaten des Westbalkans sind sowohl eine wichtige Transitroute als auch einen Rekrutierungsraum für Foreign Terrorist Fighters. Innen- und Außenminister aus Mittel- und Südosteuropa sowie hochrangige Vertreter der Europäischen Union diskutierten bei der internationalen Konferenz „Tackling Jihadism Together“ am 20. März 2015 in Wien über Dschihadismus und Terrorismus und erarbeiteten mögliche Lösungsszenarien.

„Es hat vor allem drei Gründe, warum Außenminister Kurz und ich erstmals Außenminister und Innenminister vom Westbalkan und aus benachbarten EU-Ländern eingeladen haben“, sagte Innenministerin Mag.a Johanna Mikl-Leitner. „Erstens ist der Dschihadismus eine Bedrohung für unsere innere und äußere Sicherheit. Zweitens bestehen Verbindungen zwischen Extremisten am Westbalkan und in EU-Ländern und drittens gibt es Probleme in unseren Gesellschaften, die Kriminalität und Extremismus begünstigen können, etwa mangelnde Perspektiven für junge Menschen. Die Länder vom Westbalkan stehen dabei vor ähnlichen Herausforderungen wie wir.“ „Der Westbal-

kan ist eine Region in unserer Nachbarschaft. Von positiven wie negativen Entwicklungen dort sind wir direkt betroffen“, sagte Außenminister Sebastian Kurz. Daher sei es wichtig, diese Länder bei ihrem Kampf gegen den Dschihadismus zu unterstützen.

Mit der Anti-Terror-Konferenz soll ein breiter Schulterschluss gegen Extremismus und Terrorismus in Mittel- und Südosteuropa geschaffen und die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und dem Westbalkan gestärkt werden. „Dazu braucht es ein gemeinsames Bekenntnis zu unseren europäischen Werten und Grundfreiheiten, die auch besser kommuniziert



**Josko Klisovic, stellvertretender Außenminister Kroatiens und Ranko Ostojic, Innenminister Kroatiens.**

werden müssen“, betonte die Innenministerin. „Es braucht auch gemeinsame und aufeinander abgestimmte Präventionsmaßnahmen gegen Radikalisierung, etwa im Internet und in Gefängnissen, und eine gemeinsame Reaktion auf die aktuelle Bedrohung durch Tausende Foreign Terrorist Fighters in Europa“, sagte Mikl-Leitner. Der gesellschaftliche Zusammenhalt müsse gestärkt werden. Mit Präventionsmaßnahmen solle Radikalisierung verhindert und beginnender Radikalisierung entgegen gewirkt werden. Dazu müsse vor allem gegen extremistische Inhalte im Internet vorgegangen werden. „Ich unterstütze daher die Einrichtung einer EU-Meldestelle für illegale Internet-Inhalte bei Europol und ich schlage in einem weiteren Schritt vor, auch die Westbalkan-Staaten in eine solche Meldestelle einzubeziehen“, betonte die Ministerin und nannte als Best-Practice-Beispiel die Extremismus-Hotline in Österreich, an die sich besorgte Angehörige und auch Lehrer wenden können.

Um der akuten Bedrohung durch Foreign Terrorist Fighters zu begegnen, sprach sich Mikl-Leitner für eine verstärkte Kooperation bei der Sicherung der Grenzen aus, für eine Zusammenarbeit mit Europol gemeinsam mit den Partnern am Balkan sowie für eine

gezielte und rasche Umsetzung der Polizeikooperationskonvention für Südosteuropa. „Wir brauchen auch einen Informationsaustausch über die immer stärker sichtbar werdenden Zusammenhänge zwischen illegaler Migration und Extremismus. Dabei sollten auch Europol und Frontex eingebunden werden“, sagte Mikl-Leitner. Auch der EU-Antiterror-Koordinator müsse besser genutzt werden, etwa für die Berücksichtigung der inneren und äußeren Sicherheit bei der Terrorismusbekämpfung. „Zugleich müssen wir auf Prävention setzen, insbesondere den interreligiösen und interkulturellen Dialog. Religionsführer können dabei eine wichtige Rolle spielen“, betonte Außenminister Kurz.

„Libyen ist ein failed State, dessen Regierung nicht in der Lage ist, die Sicherheit des Landes und seiner Bürger zu garantieren“, sagte Mikl-Leitner zur aktuellen Geiselnahme eines österreichischen Öl-Managers durch IS-Anhänger in Libyen. „Wir haben einen Krisenstab eingerichtet, um die Situation laufend zu evaluieren und eine Lösung zu finden.“ Sorgen bereiteten mögliche Verbindungen zwischen Menschenschmuggel und Terrorismus. Mit Ländern wie Tunesien, Algerien und Ägypten müsse eng zusammengearbeitet und rasch eine einheitliche EU- oder UN-Linie zu Libyen gefunden werden, sagte die Innenministerin.

„Europa dürfe nicht zusehen, wie Libyen immer weiter ins Chaos abgleitet. Daher wird derzeit auch in Brüssel intensiv überlegt, wie die EU Libyen bestmöglich unterstützen kann“, sagte Kurz.

**Erklärung.** Die Innen- und Außenminister verabschiedeten am Ende der Anti-Terror-Konferenz eine Erklärung, die die Umsetzung des dreistufigen Ansatzes zum Ziel hat: *Shaping* (Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts), *Preventing* (Prävention negativer sicherheitsrelevanter Entwicklungen), *Reacting* (Reaktion auf bestehende Bedrohungen). Folgende Maßnahmen werden angedacht:

- Eine verstärkte Kooperation bei der Sicherung unserer Grenzen, um unerkannte Ein- und Ausreisen gewaltbereiter Extremisten möglichst zu verhindern. Dazu könnten etwa Schulungen für das Grenzschutzpersonal beitragen.
- Die bessere Zusammenarbeit mit und die verbesserte Nutzung von Europol,



**Außenminister Sebastian Kurz, Dimitris Avramopoulos, EU-Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner.**

zum einen durch volle Umsetzung der strategischen und operativen Abkommen zwischen Europol und den Westbalkanländern und den Abschluss weiterer Abkommen; zum anderen durch die Übermittlung sämtlicher relevanter Informationen von den dazu rechtlich berechtigten Behörden an den „Focal Point Travellers“ sowie das von Italien initiierte Informationsnetzwerk bei Europol.

- Ein weiterer Schritt sollte die volle Umsetzung der Polizeikooperationskonvention für Südosteuropa sein. Dafür sollte auch das im Dezember 2014

eingeschaltete Counter-Terrorism-Netzwerk als gemeinsame Plattform genutzt werden. Zudem sollte ein Informationsaustausch über Zusammenhänge zwischen illegaler Migration und Extremismus überlegt werden, unter Einbindung von Europol und Frontex.

Insgesamt wird auch eine verbesserte Nutzung des EU-Anti-Terror-Koordinators angestrebt. Dieser ist etwa für die Berücksichtigung der inneren und der äußeren Sicherheit bei der Terrorismusbekämpfung sehr wichtig – und damit auch für die Zusammenarbeit mit Drittstaaten.

## ANTITERROR-KONFERENZ

### Konferenzteilnehmer

Dimitris Avramopoulos, EU-Kommissar für Migration, Inneres und Bürgerschaft, EU-Antiterror-Koordinator Gilles de Kerchove, Morten Kjaerum, Direktor der EU-Grundrechteagentur (FRA) und Oldrich Martinu, stellvertretender Europol-Direktor; Innenminister Saimir Tahiri (Albanien), Außenminister Ditmir Bushati (Bosnien), Sicherheitsminister Mladen Cavar (Bosnien-Herzegowina), Außenminister Zlatko Lagumdžija (Bosnien-Herzegowina), Vizeinnenminister Filippo Bubbico

(Italien), Innenminister Skender Hyseni (Kosovo), Außenminister Hashim Thaci (Kosovo), Innenminister Ranko Ostojic (Kroatien), stellvertretender Außenminister Josko Klisovic (Kroatien), Innenministerin Gordana Jankuloska (FEYROM), Außenminister Nikola Poposki (FEYROM), Innenminister Rasko Konjevic (Montenegro), Staatssekretär Vladimir Radulovic (Montenegro), Innenminister Nebojsa Stefanovic (Serbien), OSZE-Vorsitzender und Außenminister Ivica Dacic (Serbien) sowie die Staatssekretäre Bostjan Sefic und Bogdan Benko (Slowenien).